

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 136 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 03.04.2023

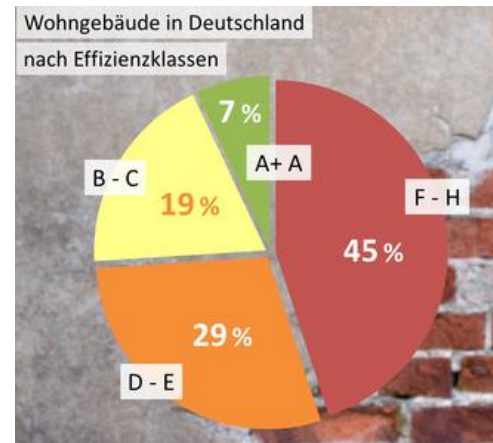
Buchloer Geschwindigkeit

Laut Stadtbaumeister (BZ 31.03.2023) sollen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn 700 neue Fahrradstellplätze am Bahnhof entstehen. **SUPER!** Sie sollen auch nur ca. 2,4 Millionen Euro kosten. Knapp 3430 Euro für einen Fahrradstellplatz. **SCHNÄPPCHEN!** Vor sieben Jahren wurden diese „Fahrradständer“ vom vorherigen Stadtrat beschlossen und nun wird daran gedacht sie irgendwann zu bauen. **GENIAL!** Dann sind sie bestimmt in sieben Jahren fertig und werden durch Kostensteigerungen mindestens 5000 Euro pro Stellplatz gekostet haben. **MEGA!** Denn als die Fahrradstellplätze beschlossen wurden, wurde beschlossen, dass ein einbetonierter Bügel, wie in fast allen Städten üblich, nicht für Buchloe geeignet ist. Außerdem wurde für einen Teil der Stellplätze ein Glasdach beschlossen, wahrscheinlich damit die Bikes Photosynthese machen können. Einfach nur eine schlichte Überdachung in Verlängerung der Müllplätze (südlich Bahnhofsgebäude) war zu schlecht für Buchloes „Gute Stube“, denn der „normale“ Buchloer hält sich dauerhaft am Bahnhof in der Nähe der Fahrradständer auf um die Aussicht auf dieselben zu genießen bzw. rollt seine Strandmatte im Fahrradschuppen aus und schaut trocken und glücklich lächelnd in den Himmel. So is'er halt, der Buchloer!

Genug gemeckert, immerhin darf ich in einer Stadt wohnen, in welcher der Stadtrat bereit ist, für einen Quadratmeter Fahrradstellplatz genauso viel zu bezahlen, wie ein Quadratmeter Wohnfläche kostet. Für sozialen Wohnungsbau ist dann halt kein Geld da, solange nicht die Fahrradständer gebaut sind – immer eins nach dem anderen. Die Prioritäten der Stadtraten sind hier eindeutig, denn schließlich „wohnen sie selber alle gut bis sehr gut“, ihre Fahrräder werden aber am Bahnhof manchmal nass. Eigentlich falsch, denn nass werden die Fahrräder schon, wenn sie im Regen an den Bahnhof gefahren werden, aber sie können am Bahnhof nicht trocknen, damit sie später im Regen wieder heimgefahren werden können.

H
E
I
Z
U
N
G

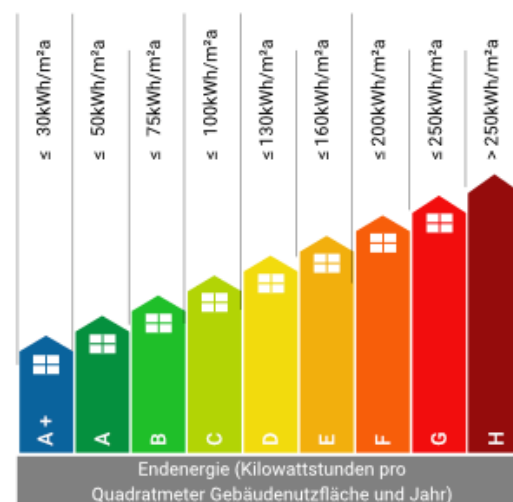
e
r
n
e
u
e
r
n



Bildquelle: Deutsche Umwelthilfe

74 % aller Wohngebäude in Deutschland verbrauchen mindestens 130 kWh Energie pro Quadratmeter im Jahr. Dies Wohngebäude werden den Energieeffizienzklassen D bis H zugeordnet. Nur 14 % sind in den höchsten Effizienzklassen (A+, A, B). Warum ist das so? Weil der Großteil der Bauherren der letzten 40 Jahre in zusätzliche Fläche oder einen SUV investierte, statt den Energieverbrauch zu reduzieren. Aber jetzt soll der Staat helfen um diese zu großen Häuser energetisch zu sanieren? **NEIN!**

Energieeffizienzklassen von Wohngebäuden



Bildquelle: Bauprofessor.de

Wie der Traum vom Eigenheim wahr wird“

lautet die Schlagzeile eines Berichts in der Buchloer Zeitung vom 30.03.2023. Am Beispiel einer Familie (2 Erwachsene, 2 Kinder) wird der Weg zum eigenen Haus beschrieben. Selbstverständlich baut diese Familie in moderner Holzbauweise, welche vom Buchloer Bauausschuss für die Kita in Honsolgen als zu experimentell abgelehnt wurde. In diesem sachlich hervorragenden Bericht fehlt leider die Grundstücksgröße, der Preis pro Quadratmeter im Einheimischenmodell und die Unterstützung der Eltern für das Bauvorhaben der Kinder. Aber wenn man alles so macht wie beschrieben, dann ist es bestimmt jedem normalen Menschen möglich um das 30igste Lebensjahr herum zu bauen.

Berechnungsbeispiel Dillishausen

Grundstück 600 m² / 219 €/m² → 131000 €

Haus 136 m² / 3000 €/m² → 408000 €

Baunebenkosten ca. 20 % → 107800 €

Wenn ein Haus nur ca. 650000 Euro kostet, dann ist natürlich klar, wie einfach das mit einem normalen Einkommen ist, wenn man es nur geschickt anstellt. Wären die obigen Zahlen im Bericht genannt worden, wäre das Bauen wohl nicht als so einfach dargestellt worden.

Zusatz: Von den 650000 Euro müssen zur Finanzierung ca. 20 Prozent als Eigenkapital vorhanden sein. Bleibt eine Kreditsumme von ca. 520000 Euro. Bei 4 % Belastung (Zins und Tilgung) liegt die monatliche Belastung bei bescheidenen 1733 € nur für den Kredit. Spätestens jetzt muss jedem „Normalverdiener“ klar sein, dass auch in diesen Einheimischenmodellen (Dillishausen ist günstig im Vergleich zu Buchloe) nur Menschen bauen, welche von Geburt Geld haben, reich heiraten oder im Lotto gewinnen. Für den durchschnittlichen „einheimischen, jungen Menschen“ bleibt das Eigenheim unerschwinglich, denn es gilt der alte Grundsatz: Wenn du hast, wird dir gegeben, wenn du nichts hast, ist hier der falsche Ort.

Übrigens: Auf keinen Fall scheint eine Verkleinerung der Wohnfläche eine Option zu sein um günstiger, ökologischer und nachhaltiger zu bauen, denn für vier Personen würden eigentlich auch 100 m² ausreichen, wenn sie wirklich sparen müssten.

Das Arbeitgeberangebot

im öffentlichen Dienst, bei welchem die Arbeitgeber, nach eigenen Worten, an die Grenze des Machbaren gingen und den Beschäftigten einen in ihren Augen angemessenen **Inflationsausgleich** gewähren, sieht wie folgt aus:

5 % Lohnerhöhung in zwei Schritten, Laufzeit 27 Monate (3 % Ende 2023, 2 % Mitte 2024).

Für die Laufzeit von 2,25 Jahren prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute eine jährliche Inflation von durchschnittlich 6,5 %. Einfach gerechnet wird die **Inflation ca. 15 %** in der angebotenen Laufzeit von 27 Monaten betragen. Da ist ein Arbeitgeberangebot von 5 % durchaus fair, da es für die Beschäftigten nur einen **Reallohnverzicht von ca. 10 %** bedeutet. Sollte es zu einem Abschluss unterhalb der Inflationsrate kommen, kann man allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur raten, den Arbeitseinsatz bzw. die Produktivität proportional zum Reallohnverlust zu senken.

Der Lohn in Gehaltsgruppe TVÖD E2/6 würde von 2861,58 € auf 3004,66 € steigen. Gehaltssteigerung 142,08 €.

Der Lohn in Gehaltsgruppe TVÖD E15/6 würde von 8033,83 € auf 8435,52 € steigen. Gehaltssteigerung 401,69 €.

Der Gehaltsabstand zwischen E2 und E15 steigt also von 5172,25 € auf 5430,86 €.

Jede weitere prozentuale Lohnsteigerung erhöht den Gehaltsabstand zwischen niedrigeren und höheren Entgeltgruppen. Macht eine **prozentuale Lohnsteigerung** überhaupt Sinn? Das Leben wird für alle Menschen gleich viel teurer! Um ein Anwachsen der Gehaltsunterschiede zu vermeiden, sollten die Lohnsteigerungen mindestens die Teuerung der untersten Gehaltsgruppen komplett ausgleichen. Hierzu ist ein **pauschaler Erhöhungsbetrag** die geeignete Methode. Werden z.B. alle Löhne und Gehälter um 400 € erhöht so erhöht sich das Einkommen in TVÖD E2/6 um 14 % und in TVÖD E15/6 um ca. 5 %. Trotzdem ist diese Erhöhung gerechter als die Anhebung der Entgelttabellen in Prozent, denn alle bekommen den gleichen Mehrbetrag und nicht die gleichen Prozentpunkte, welche den Erhöhungsbetrag proportional zum Einkommen erhöhen.

Wieso sind eigentlich nur Lohn- und Gehaltssteigerungen der Beschäftigten in Höhe der Inflation schlecht für die deutsche Volkswirtschaft, Rekordgewinne von Unternehmen, Rekorddividenden für Aktionäre und Vermögenssteigerungen weit über der Inflationsrate hinaus aber für die Vermögenden gerechtfertigt? Würden Steuerschlupflöcher verschlossen und Steuervermeidung und -hinterziehung dieser Bevölkerungsgruppen konsequent verfolgt, dann wäre nicht nur genug Steuergeld da um Sozialwohnungen zu bauen und die Klimawende zu finanzieren, sondern man könnte auch die Löhne und Gehälter in öffentlichen Dienst sozial ausgewogen erhöhen. (s.o.)

Die soziale Marktwirtschaft trat eigentlich an um einen sozialen Ausgleich zu schaffen und alle am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen.